

Bildungswende

Beitrag von „Morse“ vom 24. September 2023 16:17

Kurz zum Inhalt:

Wie bei bei den meisten sozialen Bewegungen/Verbänden/Gewerkschaften zeigt sich in den Forderungen ein ganz falsches Bild unserer Gesellschaft, das man fast schon als Verweigerung der Realität bezeichnen könnte.

Die tatsächlich vorgefundenen Verhältnisse werden kritisiert - aber nicht als Ergebnis eines *tatsächlichen* politischen Interesses, sondern als Abweichung eines Ideals, das ihrer Meinung nach doch das politische Interesse sein *sollte*.

Ausgerechnet die Urheber der kritisierten Verhältnisse werden zum Adressat der Forderungen - als ob es es keinen politischen Willen gegeben hätte, der für diese Verhältnisse gesorgt hätte. Als ob Regierungen gar nicht wüssten, wie die Lage ist und man sie deshalb darauf aufmerksam machen müsste.

Es dominiert ein Bild der Politik als "Kümmerer" und "Problemlöser", der nur aufgezeigt werden müsste, wo der Schuh drückt. Als wären die kritisierten Umstände ein Unfall, Versehen, oder gar Ignoranz. Man weigert sich anzuerkennen, dass es ein politisches Interesse an den kritisierten Verhältnissen gab und gibt.

Andere Forderungen werden sogar so formuliert, dass sie dem Urheber der Verhältnisse erklären wollen, weshalb es doch in *seinem* Interesse sei, die Forderungen umzusetzen. Als wäre dieser schlicht zu inkompetent zu erkennen und zu tun was in seinem Interesse wäre. Diese naive Vorstellung äußert sich gerne in Sätzen wie "Die haben doch gar keine Ahnung!".

Forderungen, die sich tatsächlich mit dem Interesse des Adressaten decken, werden auch umgesetzt werden - aber dafür braucht es die Forderungen nicht.

(Bei der Bildungswende wäre das z.B. die bzgl. der "Ausbildungsoffensive" geforderten "neue[n] Wege ins Lehramt" - an denen ja bereits gearbeitet wird.)

Aus den Forderungen:

"[...] *Freiräume für die intellektuelle, emotionale und soziale Entwicklung der Schüler:innen zu schaffen und die Bildungsqualität zu erhöhen*

- *alternative Leistungsbewertungen ermöglichen, statt zu viele Vergleichsarbeiten durchzuführen*"

Falls eine Regierung davon überzeugt ist, dass solche Freiräume produktivere Arbeitnehmer hervorbringen, werden sie auch eingeführt (nachdem die vermeintlichen Kosten dem vermeintlichen Nutzen gegenübergestellt wurden).

Über den Sinn und Unsinn von Noten wird ja hinsichtlich der [Pädagogik](#) gerne gestritten. Der Formulierung "zu viele Vergleichsarbeiten" kann man entnehmen, dass die Verfasser schon wissen, dass die Selektion der SuS für den Arbeitsmarkt die Priorität der Schulen ist und diese nicht zur Debatte steht. "*Aber müssen es denn gleich so "viele" sein?*" Der Denkfehler hier ist zu glauben, dass das Prinzip des maximalen Profits Spielräume lasse die sich "menschlicher" gestalten ließen.